



©matrix-3000

# Die Mega-Liberalisierung

## Globalisierung – Privatisierung - Deregulierung

von Viktor Farkas



**Vom Autor und Soziologen Professor Dr. Jean Ziegler wird kolportiert, er habe einmal gemeint, die Endstufe der Globalisierung sei die organisierte Kriminalität.**

*Dr. Jean Ziegler (geboren 1934, von 1987 bis 1999 Nationalrat der Schweizer SP und UNO-Sonderberichterstatler für das Recht auf Nahrung)*

Zieglers 2003 erschienenes Buch „Die neuen Herrscher der Welt“ wird unter anderem mit folgenden Worten angekündigt: „Die neuen Herrscher der Welt -

*die Beutejäger des globalisierten Finanzkapitals, die Barone der transkontinentalen Konzerne, die Börsenspekulanten - häufen ungeheure Vermögen an. Mit ihrem Tun zerstören sie den Staat, verwüsten die Natur und entscheiden jeden Tag darüber, wer sterben muß und wer überleben darf. Willfährige Verbündete stehen ihnen zur Diensten, allen voran die Funktionäre der Welthandelsorganisation, der Weltbank und des Weltwährungsfonds.“ Er ist nicht der Einzige, der anklagt, die Staaten würden unter den Bestimmungen der Welthandelsorganisation WTO und vor allem des Freihandelsabkommens NAFTA zunehmend auch die Kontrolle über ihr eigenes Wasser verlieren. Jedenfalls*



wurde von der EU anlässlich des „Internationalen Jahrs des Süßwassers 2003“ eine „Liberalisierung des Wassersektors“ ultimativ gefordert, gegen die speziell im wasserreichen Österreich Sturm gelaufen wird, weil man sich angesichts negativer Beispiele ausmalen kann, was eine „Öffnung des Wassersektors“ bedeuten dürfte. So erhielt 1999 auf Betreiben der Weltbank ein amerikanischer Baukonzern, der Jahre später beim Wiederaufbau des Irak fette Aufträge an Land ziehen sollte, von der bolivianischen Regierung die Konzession zur Wasserversorgung. Binnen weniger Wochen stiegen die Kosten für die Wasserversorgung um 200 Prozent. In Cochabamba, der drittgrößten Stadt des Landes, kam es zu Aufständen, die sich auf das ganze Land ausweiteten. Nach einigen Monaten heftiger Auseinandersetzungen verließen die Manager fluchtartig das Land. Die Regierung zog die Konzession an den Konzern wieder zurück. Seither wird prozessiert.

Für viele sind solche Ereignisse nur die zarten Vorboten einer Entwicklung, die in

nicht allzu ferner Zukunft in einen regelrechten Krieg zur gewaltsamen Markttöfung münden wird, den erregte Gemüter als bereits im vollen Gang sehen. Weltstädte wie Mexico City, Hanoi, Buenos Aires, Moskau, San Francisco und Manila haben ihre Wasserversorgung bereits an Privatunternehmen abgegeben. Was für die Wasserversorgung gilt, gilt natürlich auch für andere öffentliche Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Infrastruktur. Die galoppierende Privatisierung von Volksvermögen läßt viele bangen, was wohl als Nächstes kommt. Wird demnächst unsere Luft von den nationalen Volksvertretern an Global Players verhökert? Dazu nochmals Jean Ziegler: *„Gegen die mörderische Ordnung dieser Herrscher und ihre absurde Doktrin von der ‚Selbstregulierung der Märkte‘ regt sich Widerstand.“* Und das nicht nur in fernen Weltgegenden, sondern auch in deutschen Ländern aus einem aktuellen Anlaß, der auf den ersten Blick mit der Globalisierung nichts zu tun zu haben scheint. Aber, so meine viele, eben nur auf den ersten Blick...

#### Hartz IV als Folge der Globalisierung?

Im Herbst 2004 warf das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC der Bundesregierung vor, in ihrer damaligen „Aufklärungskampagne“ unzutreffende Aussagen zu verbreiten, indem sie behauptete, Hartz IV

führe nicht zu Armut. Für Armut gebe es in der Europäischen Union seit 2001 eine einheitliche Definition, die für die Mitgliedsländer und damit auch für die Bundesregierung verbindlich ist, sagte ein Sprecher vom bundesweiten ATTAC-Koordinierungskreis. *„Egal, was die Regierungspropaganda behauptet: Hartz IV führt tatsächlich Hunderttausende von Langzeitarbeitslosen in die Armut. Bei Paaren findet der Absturz sofort statt, bei Alleinstehenden nach zwei Jahren.“* Was haben nun die rigiden Einschnitte im Sozialsystem - bei denen von der rot-grünen Regierung soziale Leistungen abgeschafft werden, die von Bismarck eingeführt wurden und die nach Ansicht von Fachleuten speziell in den neuen Ländern für einen großen Teil der Bevölkerung zu schlechteren Lebensbedingungen führen können als in der ehemaligen DDR - mit der Globalisierung zu tun? Mehr als man meinen mag, so tönt es aus den verschiedensten Ecken. Ohne in DDR-Nostalgie verfallen zu wollen, scheint vielen das Folgende unleugbar: Die DDR-Bürger mußten wohl jahrelang auf einen Trabi warten und ihr Job war schlecht bezahlt, aber die Arbeit war sicher. Die Wohnung war zwar nicht luxuriös, dafür mußte man nicht um sie bangen. Und die Kinder wurden staatlich betreut. Alle diese Sicherheiten sind nach Ansicht Besorgter dahin, von denen viele montags ihrem Unmut auf der Straße Luft machen. Nicht alle Demonstranten gehören zu den in manchen Regionen 20 bis 30 Prozent Arbeitlosen, aber auch die (noch) Werkstätigen fürchten den Verlust der Arbeit, nicht zuletzt durch globalisierungsbedingtes Abwandern ihrer Betriebe ins Billigausland. Manche Mega-Konzerne, so kann man vernehmen, zahlen fast keine Steuern mehr oder im günstigen Steuer-Ausland. Die Masse der Werkstätigen muß den Gürtel immer enger schnallen, die unfreiwillig-nicht-Werkstätigen noch viel mehr. Gemeinsam fürchten sie alle einen Absturz, wie er „früher“ nicht möglich gewesen wäre. Das soll nach an die Wand gemalten Szenarios heißen: Wenn langzeitarbeitslos, dann Altersvorsorge verbrauchen, Versicherung auflösen, Wohnung oder Häuschen (wenn zu groß) verlassen, auf ins Nichts. Manche Rechtsexperten meinen, ein solcher rückwirkender Eingriff in Lebensplanungen würde so ziemlich alle elementaren Rechtsnormen mit Füßen treten - vom Vertrauensschutz, über die Vertragssicherheit, bis zur Enteignung - und fragen sich, wann gefinkelte Anwälte zur Sammelklage aufrufen. Konkrete Vorschläge dazu sind bereits zu vernehmen. Beispielsweise jener, auf die geschrumpfte Unterstützung zu verzichten und statt dessen die oft jahrzehntelang einbezahlten Arbeitslosenbeiträge auf dem Klagewege zurückzuverlangen (damit käme mancher viel besser über die Runden als mit dem, was ihm der Staat fürderhin zumißt). Nicht wenige finden es absurd, daß in einem Land voll tüchtiger Bürger soziale Errungenschaften gekappt werden „müssen“, die viele Jahre hindurch anstandslos aufrechterhalten werden konnten, als die Produktivität noch weit geringer war. Sie orten die Wurzeln der Misere im Abriß aller schützenden Schranken, in der unerbittlichen Privatisierung und im Zwang zum gnadenlos freien Warenverkehr. Besonders Kühne empfehlen, die gebetsmühlenartigen Floskeln von der Unabänderlichkeit der Globalisierung schlicht und einfach nicht zu glauben.

### Geld regiert die Welt

Für manche Analysten verbirgt sich hinter dieser immer rapideren Entwicklung eine auf mehreren Ebenen laufende Ausbeutungsstrategie besagter „Neuer Herrscher der Welt“ mit dem Endziel, daß die Bürger nur noch Mieter im eigenen Land sind, dessen Volksvermögen verhökert wurde. Zahllose, medial kaum präsente Beispiele zeigen ihrer Überzeugung nach, daß die rücksichtslose Privatisierung öffentlicher Aufgaben in eine soziale Katastrophe mündet. Mit Volldampf betrieben wird sie trotzdem, weil - so ihre machtlosen Kritiker - es gelungen ist, die simple Tatsache aus dem Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit buchstäblich auszuradiieren, daß es die ureigenste Aufgabe von Versorgungseinrichtungen war und ist, die Bevölkerung zu versorgen, und nicht von Investoren, die zu meist auch noch im Ausland sitzen. Populär ausgedrückt: Nicht das Schließen von „Ergebnislücken“, wie es heute ganz offen propagiert wird, sondern das Schließen von Versorgungslücken sollte eigentlich im Vordergrund stehen. Unfähige Politgünstlinge, die Staatsunternehmen ins Minus befördern, gehören

natürlich weg, nicht aber die Unternehmen selbst. War es nicht ursprünglich so, daß die Bahn Bürger in die entlegensten Orte befördern, die Post ihm dorthin seine Briefe zustellen und die Telefongesellschaften dafür sorgen sollten, daß er mit dem Rest der Welt kommunizieren kann? Fiel dabei Gewinn ab, gut und schön, aber das war nicht der eigentliche Sinn und Zweck. Genauso gut könnte man die Polizei privatisieren, weil sie naheliegenderweise keinen Gewinn macht und daher dauernd „Ergebnislücken“ aufweist. Auch diesbezüglich wird von den Kritikern ein Blick über den großen Teich empfohlen, wo es in manchen US-Städten bereits so zugeht wie in den „Robocop“-Filmen, in denen Polizeiaufgaben von Konzernen wahrgenommen werden. Daß Privatfirmen mittlerweile die Kriege der US-Regierung mitführen, weiß man seit kurzem. Wenn Europa sich genötigt sieht, diesem „Vorbild“ nachzueifern, wie es derzeit der Fall zu sein scheint, dann wird auch in der „Alten Welt“ der Begriff „working poor“ (das sind jene US-Bürger, die zwar Arbeit haben, sich aber keine Wohnung mehr leisten können) ein wohlvertrauter werden. Daß Langzeitarbeitslose als er-



Aus einem Magazin für internationale Politik, Kultur und Entwicklung: Anti-Weltbank- und Anti-IWF-Proteste in Kolumbien.

ste zum Handkuß kommen, scheint vielen nur logisch, die darum zum Gegensteuern aufrufen.

### Rufer in der Globalisierungswüste

Zusammenfassen könnte man ihre Warnungen und Appelle etwa so: Der Einzelne, gehirngewaschen und eingelullt, begreift nicht, welches Dogma vom „Naturgesetz zur Globalisierung“ ihm vorgebetet wird. Wie soll er auch, ist doch die tödliche Überlebensfrage schlechthin längst aus den Wahlkämpfen, den Parlamentsdebatten, den schöngeistigen Feuilletons verschwunden. Vielmehr schlagen die Nutznießer der Deregulierung mit donnerndem Mediengetöse tagtäglich vor, daß ihnen noch mehr Geld und Piratenfreiheit gegeben werde, damit sie die Welt noch schneller aufessen können; denn dies und nur dies schaffe Arbeitsplätze. Ist es wirklich so schlimm? Die Warner antworten mit dem Hinweis auf die Fakten aus jenen Ländern, in den die Dreiheit „Globalisierung/Privatisierung/Deregulierung“ beheimatet ist. Privat geführte Krankenhäuser lassen schwer kranke Kinder oft stundenlang unversorgt, bis die private Krankenkasse der Eltern die Bezahlung zuzahlt. Schulen werfen „Problemkinder“ raus, damit sich nach der Privatisierung der Notenschnitt bessert. Private Bahnlinien schalten mit öffentlichen Geldern errichtete Warnsysteme ab, um die Betriebskosten zu sparen. Sinngemäßes Zitat: „Begräbniskosten sind geringer als der Einbau von Bremsen.“ Auch wenn die Globalisierung noch so gelobt wird, der Bürger fährt nun mal nicht gerne in Zügen ohne die eine oder die andere Bremse, nur weil deren Einbau nicht „wirtschaftlich“ ist. Im englischen Privatisierungsparadies legte im Juni 2004 eine gigantische Computerpanne den Flugverkehr lahm. Kolportierte Ursache: Billiginstallierung aufgrund von Privatisierung. Gewinnorientierte Gefängnisse streichen die Ausbildungsprogramme für Häftlinge und finanzieren die Wahlkämpfe von Politikern, die für längere Haftstrafen eintreten. Daß eine solche Entwicklung, verbunden mit Zinsen und anderen Zahlungen, die Staatskassen leert, liegt auf der Hand. Und damit sind wir schon bei den sogenannten „Reformen“. So jedenfalls argumentieren jene, die das Vertrauen an „die da oben“ entgültig verloren haben und nicht mehr wählen, sondern in zunehmender Zahl auf die Straße gehen. Andere erinnern vergeblich an die Aufgaben eines Staates, der diesen Namen verdient.

### Common Goods ade?

Der Begriff „Common Good“ den man am besten mit „öffentliche Güter“ übersetzen könnte, geht auf den englischen Volkswirtschaftler, Philosophen und Begründer der klassischen Nationalökonomie, Adam Smith, zurück. Für Smith, der die Ansicht vertrat, daß

die Arbeit aller den Wohlstand eines Volkes hervorbringt, war ein Gut dann öffentlich, wenn niemand vom Konsum dieses Gutes ausgeschlossen werden darf und es daher von allen Staatsbürgern konsumiert werden kann. Deutlicher gesagt: Alles, was bei privater Herstellung nicht genug Gewinn abwerfen würde, muß eben vom Staat produziert und zur Verfügung gestellt werden. Handelt es sich um ein Naturgut wie Wasser, hat der Staat dafür zu sorgen, daß es zugänglich und erschwinglich ist, am besten kostenlos. Letzteres gilt natürlich auch für Luft, die derzeit noch kostenlos geatmet werden darf. Wie es scheint, verabschieden sich die Staaten jedoch aufgrund des plötzlich propagierten „Naturgesetzes“, demzufolge *alles und jedes* Profit abwerfen *muß*, von ihren unterschiedlichen Versorgungsaufträgen. Daran dürfte wenig ändern, daß permanent vom öffentlichem Wohl die Rede ist, während Krankenhäuser geschlossen und Leistungen reduziert werden. Aufmüpfige fragen mittlerweile provokant: „Wozu Steuern zahlen, wenn sich der Staat von seinen Versorgungsaufgaben verabschiedet?“ Besorgte warnen hingegen vor Aufmüpfigkeit, weil sie noch Schlimmeres befürchten.



Adam Smith (1723-1790)

### Konzernrecht statt Menschenrecht

Nicht nur Apokalyptiker halten es mittlerweile für zumindest denkbar, daß in einer wirtschaftlichen Krise auch in einem europäischen Land Hungerrevolten ausbrechen könnten, worauf die Machthaber UN-Truppen zur Hilfe rufen, um die eigene Bevölkerung zur Räson zu bringen. Wer weiß, vielleicht genügen schon längere Blockaden verzweifelter Bürger in den von der riesigen Transitwelle überrollten Ländern, um den geheiligten „freien Warenverkehr“ mit militärischer Gewalt durchzusetzen? Eine neue Regelung in den EU-Staaten könnte tatsächlich in diese Richtung deuten. So müssen alle EU-Länder, in denen es zu Blockaden des Handels durch Demonstrationen kommt, in-

nerhalb von fünf Tagen erklären, welche Maßnahmen sie gegen den Protest unternommen haben. Bleiben die gewünschten Aktionen aus, kann die EU-Kommission gegen das betreffende Land vorgehen. So, Leute, schaut's aus.

Ausführliches über diesen brisanten Themenkreis findet sich in einigen meiner Bücher (siehe meine Homepage [www.farkas.at](http://www.farkas.at)).

Eine Rezension des Buches „Schatten der Macht“ von Viktor Farkas finden Sie auf Seite 60“)



**VIKTOR FARKAS** Jahrgang 1945, ist international tätiger Werbefachmann, Sachbuchautor und freier Journalist. In seinen Büchern gelingt ihm stets der sachliche und spannende Brückenschlag zwischen Naturwissenschaften und dem Unerforschten. Sein Bestseller „Unerklärliche Phänomene“ gilt nicht nur im deutschen Sprachraum als grenzwissenschaftliches Standardwerk.